
FDP Bruchköbel

BRUCHKÖBELER KOOPERATION: „WIR BEENDEN DIE HÄNGEPARTIE UM DEN BÄRENSEE“

04.05.2025

Keine zusätzlichen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger

Gute Lösung, die den Menschen auf dem Campingplatz gerecht wird

Die Bruchköbeler Kooperation (FDP, Grüne, SPD) begrüßt den Beschlussvorschlag des Magistrates zum Verkauf des Campingplatz Bärensee und wird diesem Vorschlag des Magistrates in der kommenden Stadtverordnetenversammlung zustimmen.

Denn die Hängepartie rund um den Bärensee muss jetzt, auch im Sinne der Camperinnen und Camper, endlich beendet werden. Alle Beteiligten, so die Kooperation, brauchen Klarheit, wie es am See weitergeht. Aber insbesondere die Camperinnen und Camper möchten wissen, was sie zukünftig erwartet.

„Wir begrüßen es sehr, dass der Interessent selbst seit Jahrzehnten Camper am Bärensee ist, die Gegebenheiten und die Menschen dort sehr gut kennt und mit Sicherheit den Platz aufwerten und im Sinne der Camperinnen und Camper gut weiterführen wird“, so die drei Fraktionsvorsitzenden Monika Pauly (SPD), Uwe Ringel (Grüne) und Katja Lauterbach (FDP) unisono.

„Es lag nie in unser aller Interesse, sich auf Investorensuche zu begeben und auf Biegen und Brechen irgendein Modell am See zu installieren, das vermutlich keine oder wenig Akzeptanz bei den Camperinnen und Campern gefunden hätte und somit auch am Ende nicht umsetzbar gewesen wäre“, so der Vorsitzende der Grünen-Fraktion Uwe Ringel. „Dazu kommt“, so die Fraktionsvorsitzende der SPD, Monika Pauly, „dass am See kein Baurecht vorliegt und es keinen Bebauungsplan gibt. Hier überhaupt einen Investor zu finden, der sich auf dieses rechtliche Risiko ggf. einlässt, wäre am Ende die vergebliche Suche nach der Nadel im Heuhaufen geworden“.

Aus Sicht der Fraktionschefin der FDP, Katja Lauterbach, ist der Kaufinteressent ist ein „Glücksfall“ für alle Beteiligten. „Einer von dort, aus den Reihen der Camperinnen und Camper, der bereit ist die Ärmel hochzukrempeln, die Vorgaben des Brandschutzgutachtens umzusetzen, der die Infrastruktur und die Leute kennt und es sicher schaffen wird, aus dem Bärensee wieder einen schönen und vorzeigbaren Campingplatz zu machen – das passt“, gibt sie sich zuversichtlich.

Entscheidend für die Kooperationspartner aus FDP, Grünen und SPD ist, dass die Bürgerinnen und Bürger Bruchköbels durch einen Verkauf finanziell nicht weiter belastet werden und keine Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen mehr von der Stadt erbracht werden müssen. Nach überschlägiger Rechnung liegt der Sanierungsaufwand bei mindestens acht bis zehn Millionen Euro. Dazu kommt, dass der Betrieb eines Campingplatzes keine kommunale Aufgabe ist.

Die drei Fraktionen stellen fest, dass über Jahrzehnte hinweg der Gewinn des Sees in den Betrieb des Schwimmbades geflossen ist und die Infrastruktur des Platzes abgewirtschaftet ist. Es sei an der Zeit ist, diesen Fakten ins Auge zu schauen und zu erkennen, dass eine Modernisierung der Infrastruktur nur möglich wäre, wenn die Grundsteuer in Bruchköbel deutlich angehoben werden würde. Denn der Main-Kinzig-Kreis als vorgesetzte Behörde würde eine zukünftige Kreditaufnahme der wirtschaftlichen Betriebe nicht mehr in der notwendigen Höhe genehmigen. Eine Finanzierung wäre also durch neue Kredite über den städtischen Haushalt sicherzustellen und zur Refinanzierung der Kredite eine Erhöhung der Grundsteuer der einzige gangbare Weg.

„Bei Abwägung der Gesamtinteressen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir den Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürgern diese finanzielle Belastung nicht zumuten

können und wollen, den Camperinnen und Camper mit der angestrebten Lösung aber gute Zukunftsaussichten bieten“, erklären Lauterbach, Pauly und Ringel gemeinsam.